Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/8417

26. 08. 97

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Willibald Jacob, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/6719 –

Schuldenerlaß für Forderungen aus Geschäften der DDR mit 29 Staaten der Dritten Welt

A. Problem

Die Bundesrepublik Deutschland hat auf der Grundlage des Einigungsvertrages bestehende Forderungen der DDR, soweit sie im Rahmen des Außenhandels- und Valutamonopols oder in Wahrnehmung anderer staatlicher Aufgaben der DDR gegenüber dem Ausland begründet worden sind, übernommen. Darunter befinden sich Forderungen in Höhe von 4,5 Mrd. DM (Stand 31. November 1995) aus Lieferungen und Leistungen der ehemaligen DDR-Außenhandelsbetriebe im Rahmen von Regierungskrediten und kommerziellen Krediten sowie auf der Grundlage von Bartervereinbarungen gegenüber 29 sog. Entwicklungsländern.

Nach dem Antrag soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, diese bestehenden Restforderungen gegenüber allen betroffenen Staaten sofort und vollständig zu erlassen, die Umwandlung der bestehenden Schuld in Gegenwertfonds für jedes einzelne betroffene Entwicklungsland separat zu prüfen und den Erlaß der Schulden für solche Staaten, in denen diktatorische Regime herrschen bzw. die nachweislich Menschenrechtsverletzungen an Teilen ihrer Bevölkerung begehen, mit Auflagen zu verknüpfen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Einstimmigkeit im Ausschuß bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS

C. Alternative

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/6719 – abzulehnen.

Bonn, den 25. Juni 1997

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Lischewski
Vorsitzender

Jochen Feilcke
Berichterstatter

Adelheid Tröscher
Berichterstatterin

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Berichterstatter

Roland Kohn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jochen Feilcke, Adelheid Tröscher, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und Roland Kohn

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag in seiner 151. Sitzung am 16. Januar 1997 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, den Finanzausschuß und den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Finanzausschuß hat über den Antrag in seiner Sitzung am 26. Februar 1997 beraten. Er empfahl dem federführenden Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Der Auswärtige Ausschuß und der Haushaltsausschuß haben in ihrer Sitzung am 12. März 1997 über den Antrag beraten und mit der Mehrheit aller Fraktionen gegen die Stimmen der Gruppe der PDS die Ablehnung empfohlen.

Der federführende Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat über den Antrag in seiner Sitzung am 16. April 1997 beraten und mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen, dem Plenum die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Das Mitglied der Gruppe der PDS war abwesend, es hatte seine Abwesenheit entschuldigt.

Bonn, den 25. Juni 1997

Jochen Feilcke	**Adelheid Tröscher**	**Wolfgang Schmitt (Langenfeld)**	**Roland Kohn**
Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333